Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Morgenausg. bis 10 Uhr Vorm., Sonntags v. Vorm. 8–9 Uhr Vorm. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben, 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" einzelnstehend 40 Pfg. Grundzeile für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 2c. Zeile 20 Pfg. nach besonderem Tarif.
Sonntagige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Lobeck & Co.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Altmarkt 2.

Einen kleinen Posten bester Anzugs- und Ueberzieherstoffe zur **Hälfte** des **Werthes.**
Einzel-Verkauf: Schreibergasse 2
J. Unbescheid & Söhne

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

C. HESSE ALTMARKT
Königlicher Hoflieferant
Grösstes Specialgeschäft für weibl. Handarbeiten.
Hervorragende Neuheiten der Saison.
Garnirte Brustkissen in allen Preislagen.
Reichste Auswahl aller Tapisserie-Materialien.

Modernste Wiener **Corsets** aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien
Heinrich Plaul, Hoflieferant Wallstr. 25.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

Nr. 312. Spiegel: Preußische Finanzen. Hofnachrichten. Internationale Kunstausstellung. Gesammtrathssitzung. „Das moderne Weib". Gerichtsverhandlungen. Bismarck-Denkmals-Konkurrenz. Lotterieliste.

Muthmaßliche Witterung: Unsicher, kalt.

Mittwoch, 11. Novbr.

Politisches.

Vierundneunzig Millionen sind ein artiges Sümmchen, zumal wenn sie den Betrag darstellen, um den sich ein Finanzminister verrechnet, wie es jetzt Herrn Dr. Miquel mit dem preußischen Etat gegangen ist. Der preußische Staatshaushalt — der Pleonasmus „Staatshaushaltsetat" ist in Preußen nicht üblich — für 1896/97 sollte nämlich nach den Aufstellungen des Herrn Dr. Miquel mit einem Fehlbetrage von 34 Millionen abschließen, statt dessen hat sich aber ein Plus von ganzen 60 Millionen ergeben, macht zusammen einen Unterschied von 94 Millionen! Darob herrscht eitel Schadenfreude und höhnisches Frohlocken in den Reihen der Richter'schen Opposition. Herr Richter selbst schwimmt in Wonne und freut sich über alle Maßen auf den Augenblick, wo er Herrn Miquel vor versammeltem Kriegsvolke die Hölle der Ueberschüsse heiß machen kann. Herr Miquel aber läßt sich das wenig anfechten. Für ihn sind Ueberschüsse im Grunde nur Menetekels, da sie nach seiner Anschauung an die Vergänglichkeit aller finanziellen Herrlichkeit gemahnen und durch ihren warnenden Hinweis auf eine vielleicht magere Zukunft einen verstärkten Anreiz zum Sparen schaffen. Auch der diesmalige große Mehrbetrag des Etats hat für den preußischen Finanzminister durchaus nichts Verblüffendes. Ganz im Gegentheil läßt Herr Dr. Miquel durch seine Offiziösen die prompte Versicherung geben, daß mit Rücksicht auf die starke Vermehrung der dauernden Ausgaben, die für 1897/98 in Aussicht stehen, die größte Vorsicht geübt werden müsse, um einer Verminderung der Staatseinnahmen vorzubeugen. Im Anschluß daran wird eine Rechnung aufgemacht, nach der in Preußen über 20 Millionen für die Erhöhung der Beamtengehälter bereitzustellen sind, ferner 7 Millionen auf Grund des wieder vorzulegenden Beamtenbesoldungsgesetzes, gegen 5 Millionen als Mehrbedarf der Staatsschuldenverwaltung. Endlich kommen gegen 15 Millionen als Ausfall infolge der Ermäßigung der Rohstofftarife auf den preußischen Staatseisenbahnen in Betracht. Auf diese und ähnliche Weise rechnet Herr Dr. Miquel den baaren Ueberschuß von 60 Millionen, den er jetzt in der Tasche hat, gleich für die nächste Zukunft aus. Herr Miquel trägt sich außerdem noch mit zwei finanziellen Plänen, die es ihm ebenfalls nicht rathsam erscheinen lassen, die aufgestapelten Schätze allzu rasch wieder „unter die Leute zu bringen". Dem preußischen Landtage stehen nämlich zwei Vorlagen in Aussicht, deren eine die zwangsweise Tilgung der Staatsschulden betrifft, während die andere nach pharaonischem Beispiel in den fetten Jahren die Bildung eines Reservefonds vorsieht, aus dem in den unterschlüssigen Jahren die magere Kuh des Defizits fett gemacht werden soll. Die genannten beiden Vorlagen interessiren insbesondere auch bei uns in Sachsen, weil die in ihnen enthaltenen Grundgedanken bereits in den Verhandlungen des letzten sächsischen Landtags eingehend erörtert worden sind.

Die zwangsweise Staatsschuldentilgung ist ein Lieblingsgedanke des preußischen Finanzministers. Die Tilgungsquote ist auf ½ Prozent festgesetzt, nach welchem Satze die gesammte Staatsschuld in 60½ Jahren amortisirt sein würde, vorausgesetzt, daß nicht durch freiwillige größere Tilgungen — das halbe Prozent bezieht sich nur auf die gesetzliche, zwangsweise Tilgung, setzt aber im Uebrigen der Privatwohlthätigkeit des Staates gegenüber seinen Gläubigern keine Schranken — ein früheres Erlöschen der öffentlichen Schuld eintritt. Die Einführung der zwangsweisen Tilgung wäre vom Standpunkte einer rationellen Finanzwirthschaft ohne Zweifel ein freudig zu begrüßender Fortschritt. Vielleicht würde sich mit Bezug auf die Form der Maßregel noch mehr die amortisirbare Rentenschuld empfehlen, bei der die Tilgungsquote als Zuschlag zu der Verzinsung erscheint. Indeß entspricht auch die gesonderte Tilgung, sofern sie nur Zwangscharakter hat, ihrem Zwecke, der auf die Abwendung der politischen und wirthschaftlich-sozialen Gefahren gerichtet ist, mit denen die endlose Häufung der Staatsschulden die Entwickelung der modernen Staaten bedroht. Wenn diese Absicht erreicht werden soll, genügt es aber nicht, daß blos getilgt wird, es muß auch mit der Kontrahirung neuer Staatsschulden nach Kräften innegehalten werden. Dazu ist Herr Dr. Miquel ebenfalls entschlossen, und zwar gedenkt er eine Beschneidung der ewigen Anleihefreiheit durchzuführen mit Hilfe von — Zuschlägen zur Einkommensteuer nach Bedarf bis zu zwei Monatsraten. Das klingt freilich nicht wie Sphärenmusik in die Ohren der Steuerzahler. Zum Wenigsten müßte dann der Befugniß der Regierung, eventuell zwei Monatsraten mehr zu erheben, die Pflicht gegenübergestellt werden, bei vorhandenen Ueberschüssen eine entsprechende Steuerermäßigung eintreten zu lassen, sodaß die Steuerzahler in guten Jahren auch einmal durch die Ankündigung überrascht werden könnten: „Wegen guter Finanzverhältnisse bleiben in diesem Jahre zwei Monatsraten der Einkommensteuer unerhoben." Damit stände man wieder vor der in Preußen bereits früher einmal heftig umstrittenen Frage der sogenannten Quotisirung der Einkommensteuer.

Der von Herrn Dr. Miquel erstrebte „Ausgleichsfonds" soll mit 80 Millionen bedacht werden. Bei dem ersten Auftauchen des Projekts hatte es den Anschein, als ob sich der „Ausgleich" auf das Verhältniß zwischen dem preußischen Finanzminister und dem Eisenbahnminister Herrn Thielen bezöge, die infolge der zu großen „Eisfestität" des Herrn Miquel schon seit längerer Zeit mit einander in Fehde liegen. Vor einigen Wochen wurde das Gerücht verbreitet, Herr Thielen beabsichtige im Interesse der Anforderungen des Verkehrs die bisherige allzu enge Verbindung seines Ressorts mit dem Finanzministerium zu lösen, und als gleich darauf die Meldung über den Ausgleichsfonds auftauchte, glaubte man zunächst, die 80 Millionen seien dazu bestimmt, Herrn Thielen die erstrebte Freiheit der Bewegung zu ermöglichen. Neuerdings gewinnt die Sache aber ein anderes Aussehen. Der Fonds soll nämlich keineswegs blos zu Eisenbahnzwecken verwendet werden, sondern er soll für die gesammte Staatsverwaltung dienen, in der Weise, daß aus ihm in ungünstigen Jahren die Aufwendungen sowohl für den Eisenbahnverkehr wie für andere Kulturzwecke uneingeschränkt aufrecht erhalten werden können. Demnach würden auch Entnahmen aus dem Fonds zum Ausgleich einer etwaigen Spannung zwischen Matrikularumlagen und Ueberweisungen in Frage kommen.

Die von dem preußischen Finanzminister in den in Rede stehenden Vorlagen entwickelten Gedanken sind bei uns von Herrn Vicepräsidenten Georgi schon in der letzten Tagung des sächsischen Landtags erörtert worden. Herr Georgi bedauerte in der Sitzung vom 13. November 1895 bei der Berathung des Staatshaushalts die Herabsetzung der Tilgungsquote auf ½ Prozent und sprach sich nachdrücklich für die finanzpolitische Nothwendigkeit einer umfassenden Tilgung aus. Der Kern seiner Ausführungen ließ keinen Zweifel darüber, daß auch ihm die zwangsweise Tilgung als die wünschenswertheste Einrichtung erscheint. Zugleich wendete sich Herr Georgi gegen das Verfahren, die Eisenbahnüberschüsse ganz aufzubrauchen für die allgemeinen Staatsbedürfnisse. Er meinte, es müsse bei uns ein Eisenbahngarantiefonds geschaffen werden, zum Zwecke der schnelleren Amortisation der Eisenbahnschulden, damit man mit den Eisenbahnen „allmählich billiger produziren" könne. Von demselben Abgeordneten stammt auch der weitere Vorschlag zur Anlegung eines „Reichssparkopfes" aus den Ueberschüssen der Ueberweisungen über die Matrikularumlagen, aus dem in Zeiten der Noth, wenn die Einzelstaaten Zubuße leisten müssen, das Erforderliche entnommen werden kann, ohne daß man „die Finanzlage voll zum Bewußtsein der Steuerzahler zu bringen und auch vor einer Höherbesteuerung nicht zurückzuschrecken" nöthig hat. Wie man sieht, kehren in den jetzigen preußischen Vorlagen die von Herrn Vicepräsidenten Georgi im Vorjahre vertretenen Anschauungen wieder, nur mit der Umformung, daß der Eisenbahngarantiefonds und der Reservefonds für Zwecke der Matrikularbeiträge zusammengezogen und in einen allgemeinen Ausgleichsfonds verwandelt worden sind, sowie mit der Zuthat der Zuschläge zur Einkommensteuer zum Zwecke der Umgehung neuer Anleihekredite. Demnach sind die Vorschläge des preußischen Finanzministers keineswegs so neu und grundstürzend, wie sie von der Opposition in Preußen hingestellt werden. Im Einzelnen kann man ja über den Ausgleichsfonds und den Plan einer dauernden gesetzlichen Schuldentilgung, besonders mit Rücksicht auf die Zuschläge zur Einkommensteuer, verschiedener Meinung sein. Daß aber die beiden Grundgedanken gut sind und keinesfalls Anlaß zur Alarmirung der öffentlichen Meinung geben, ist sicher, und Herr Richter glaubt es selbst nicht, wenn er seinen Getreuen weiß macht, Herr Miquel wolle blos aus dem Beweggrunde einer vom Alter gestählerten „Fiskalität" (das ist der diplomatische Ausdruck für das weniger hübsche Wort „Filzigkeit") einen „civilen Julius-thurm" errichten und dort Schätze auf Schätze häufen, um sich an ihrem Anblicke zu weiden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. Novbr.

Berlin. Reichstag. Präsident v. Buol begrüßt die Mitglieder des Hauses mit dem Wunsche, daß sie mit frischen Kräften zurückgekehrt sein möchten. — Eingegangen sind die Novelle zum Postdampfergesetz, sowie Bundesrathsvorschriften betr. Abänderung der Sonntagsruhe. — Am Bundesrathstisch sitzen Staatssekretär Nieberding und v. Bötticher, sowie Minister Schönstedt. — Auf der Tagesordnung steht die Justiznovelle (Abänderung der Gerichtsverfassung und der Strafprozeßordnung). — Abg. Stadthagen (Soz.) beantragt, § 8 des Gerichtsverfassungsgesetzes dahin zu fassen, daß Richter weder ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus den Gründen dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder in den Ruhestand versetzt werden können, aus welchen ein Mitglied des Reichsgerichts enthoben resp. in den Ruhestand versetzt werden darf. Ohne eine solche Bestimmung sei ein wirklicher Schutz der Unabhängigkeit der Richter und somit eine unparteiische Rechtspflege undenkbar. Außerdem beantragt Redner einen neuen § 8a, nach welchem nicht zum Richter ernannt werden dürfe, wer länger als drei Jahre im Reiche oder Staate ein Verwaltungs- oder ein Staatsanwaltsamt bekleidet habe. Auch solle dem Richter die Annahme von Orden und Titulaturen verboten sein. Niemand werde bezweifeln, daß sowohl Verwaltungsbeamte wie Staatsanwälte aus dieser ihrer abhängigen Stellung auch in das Richteramt, wenn auch unbewußt, den Abhängigkeitssinn hineinbrächten. Nur ein steifes Rückgrat der Richter vermöge diesen das Vertrauen des Volkes zu erhalten bezw. zurückzugewinnen. — Justizminister Schönstedt: Die Anträge Stadthagen's sind schon in der Kommission gestellt und abgelehnt worden. Schon jetzt sind die Richter gegen eine unbegründete Versetzung geschützt; es ist auch nicht wahr, daß die Richter einer staatsanwaltschaftlichen Ueberwachung unterliegen, sie unterstehen vielmehr lediglich einem ordentlichen Richter. Auch ich würde es nicht lieben, Richter ohne Rückgrat zu sehen. Aber wenn die Sache so läge, wie Herr Stadthagen sie schildert, so würden wir doch auch nie einen Kirchmann als Richter gesehen haben; Kirchmann hat doch gewiß Rückgrat. Ich bestreite auch, daß die aus der Staatsanwaltschaft hervorgegangenen Richter weniger vorurtheilslos und gewissenhaft urtheilen, als diejenigen, die nicht Staatsanwälte gewesen sind. — Die Anträge Stadthagen werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. — § 6a, welcher von dem Einspruchsrecht des Oberlandesgerichtspräsidenten gegen die Geschäftsvertheilung 2c. handelt, ist von der Kommission gestrichen worden. — Abg. v. Buchka (kons.) beantragt, nicht nur das Einspruchsrecht des Oberlandesgerichtspräsidenten wiederherzustellen, sondern dem Präsidium eventuell auch ein selbstständiges Anordnungsrecht zu geben. — Geh. Oberregierungsrath Bierhaus bittet dringend um Annahme des Antrages Buchka. Mit dem Einspruchsrecht des Oberlandesgerichtspräsidenten die Unabhängigkeit der Strafkammern anzutasten, liege der Justizverwaltung ganz fern. — Abg. Günther (nat.-lib.) empfiehlt gleichfalls den Antrag Buchka's, der ja dem Oberlandesgerichtspräsidenten keineswegs eine Einwirkung in Personalfragen gebe, sondern ihm nur die Vertheilung der Geschäfte auf die Kammern zugestehe. — Der Antrag Buchka's wird gegen die Stimmen der Konservativen, Reichspartei, Nationalliberalen und des Freisinnigen Schröder abgelehnt, ebenso § 6b. § 77 handelt von der Besetzung der Kammern: nach der Vorlage, drei Richter, nach dem Vorschlage der Kommission in der Berufungsinstanz, fünf Richter. — Abg. Rembold (Centr.) beantragt, die Strafkammern aus drei Richtern und zwei Schöffen zusammenzusetzen. Er begreife nicht, was die Regierung gegen seinen Antrag einwenden könne, denn schon seither sei doch das Laienelement immer mehr nicht nur in die Verwaltung, sondern auch in die Pflege des Rechts eingedrungen. Sein Antrag entspreche also durchaus der Zeitströmung. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Dem Reichstage ging ein Antrag Pleß und Genossen zu, betreffend den Verkehr mit Ersatzmitteln des Weines und Besteuerung derselben, sowie besondere Besteuerung des bei der gesetzlich zulässigen Weinvermehrung verwendeten Zuckers. Danach sollen Getränke, welche in anderer Weise als durch alkoholische Vergährung des Saftes frischer Weintrauben hergestellt sind, den Namen Vinosine führen. Die Herstellung von Vinosine in Gelassen, welche zum Ausschank und Kleinverkauf von Wein und Obstmost, oder zum Handel mit diesen Getränken dienen, ist verboten, sofern nicht die Steuerbehörde Ausnahmen gestattet. Wirthen, Kleinverkäufern und Händlern ist die Herstellung von Vinosine in von den sonstigen Gewerbegelassen völlig getrennten Räumen gestattet. Weiter enthält der Antrag Vorschriften über die Herstellung und den Verkauf von Vinosine.

Berlin. Die Centrumsfraktion des Reichstages ist fest entschlossen, demnächst selbstständig eine Interpellation betreffs der Enthüllungen der „Hamb. Nachr." über das deutsch-russische Abkommen im Reichstage einzubringen.

Berlin. Die Mittheilungen verschiedener Blätter über deutsch-russische Verhandlungen zollpolitischer Natur sind, wie offiziös konstatirt wird, nur insofern begründet, als allerdings nächstens in Berlin eine deutsch-russische Kommission zusammentreten wird, um die Schwierigkeiten zu berathen und zu begleichen, die auf handelspolitischem und veterinär-polizeilichem Gebiete entstanden sind.

Berlin. Der vom Bund der Landwirthe entworfene Gesetzentwurf betr. die Invaliditätsversicherung, der vor der Vertagung von der wirthschaftlichen Vereinigung berathen worden war, ist im Reichstage mit 50 Unterschriften eingebracht worden. — Der deutsche Viceconsul in Lourenco Marquez an der Delagoa-Bai, Graf Markus Pfeil, ist auf einer Fahrt nach Pakoria Mitte Oktober von portugiesischen Eisenbahnbeamten und Polizisten angegriffen und verwundet worden. Noch am Abend desselben Tages erschien bei ihm der portugiesische Gouverneur und sprach sein Bedauern über das Ereigniß aus, indem er mittheilte, daß der Stationsvorstand sowie die übrigen betheiligten Beamten in Haft genommen seien. — Geh. Rath Scholtz, Mitglied der Eisenbahndirektion zu Erfurt, erhielt das Komthurkreuz 2. Klasse des sächsischen Albrechtsordens.

Leipzig. In dem Prozeß Auer und Genossen hob das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück, weil nicht alle Voraussetzungen des § 8 des preußischen Vereinsgesetzes festgestellt seien.

Potsdam. In Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin fand heute Mittag die Vereidigung der Rekruten der Potsdamer Garnison statt, wobei der Kaiser eine Ansprache hielt.

Frankfurt a. M. Der Bankier A. Federlin und dessen Theilhaber Hirsch sind heute verhaftet worden.

Wiesbaden. Der Leutnant Pfeiffer vom 11. Pionierbataillon in Castel hat sich mit seiner Geliebten heute Mittag im hiesigen Bahnhofshotel erschossen.

Rathenow. Amtliches Wahlresultat. Bei der Reichstagsstichwahl im Wahlkreise Westhavelland-Stadt-Brandenburg wurden insgesammt 19,405 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Schriftsteller Peus-Dessau (Soz.) 9720 und auf Landrath v. Löbell (kons.) 9685 Stimmen; Ersterer ist somit gewählt.

Stettin. Zur Förderung des Schiffahrtsweges Stettin-Berlin findet hier am Sonnabend eine Interessenten-Versammlung statt, in welcher ein Stettiner Kanalverein gegründet werden soll.

Rudolstadt. Der Fürst verlieh dem Prinzen Sizzo v. Leutenberg aus Anlaß seiner Verlobung mit der Prinzessin Alexandra von Anhalt Titel und Rang eines Prinzen von Schwarzburg.

Düsseldorf. Dr. Volbeding wurde zu 4 Jahren und 1 Monat Gefängniß, 5000 Mark Geldstrafe und zu fünfjährigem Ehrverlust, die Mitangeklagten Könnecke zu halbjährigem und Wingerath zu zweimonatigem Gefängniß verurtheilt. Volbeding wurde sofort verhaftet.

Meran. Die Beisetzung des Herzogs Wilhelm von Württemberg hat heute Vormittag in Anwesenheit der Erzherzogin Maria Theresia, der Erzherzöge Franz Ferdinand und Karl Ferdinand, der Herzöge Nikolaus und Albrecht von Württemberg, der Großfürstin Alexandra, des württembergischen Kriegsministers und zahlreicher Regiments-Deputationen stattgefunden. Unter den Kranzspenden befanden sich solche des deutschen Kaisers, des Kaisers Franz Josef und des Königs und der Königin von Württemberg.

Rom. Monsignor Macario überreichte dem Papste ein Handschreiben Menelik's, welches angeblich veröffentlicht werden wird.

Philippopel. Nach Berichten aus Konstantinopel verlautet dort gerüchtweise, daß es in dem Orte Everek bei Caesarea zu Unruhen gekommen sei, wobei gegen 100 Armenier von den Türken getödtet und zahlreiche armenische Häuser geplündert worden seien. Trotz ihrer Anstrengungen sei es den Behörden nicht gelungen, den Gewaltthätigkeiten Einhalt zu thun.

Sofia. Der russische Botschafter in Konstantinopel, v. Nelidow, wurde auf der Reise nach Petersburg vom Fürsten Ferdinand auf dem hiesigen Bahnhofe begrüßt. Der Fürst hatte eine längere Unterredung mit Nelidow.

Die heutige **Berliner Börse** verkehrte wohl mit ziemlich behaupteten Kursen, die Tendenz war aber eher schwach zu nennen. Einige Anregung boten feste Tendenzberichte von den auswärtigen Plätzen, namentlich von London und von Paris; auch wurde der heute publicirte Reichsbankausweis günstig aufgefaßt. Das Geschäft selbst bewegte sich wie an den Vortagen in recht engen Grenzen, nur für Eisenbahnaktien zeigte sich regeres Interesse. Am Kassamarkt blieben gute Industriewerthe nach wie vor gern gekauft. Aus dem heutigen Reichsbankausweis ist hervorzuheben, daß die Anlage-Conten eine wesentliche Erleichterung aufweisen, das Wechsel-Conto hat sich um 49,01 Mill. Mk., das Lombard-Conto um 4,59 Mill. Mk., das Giro-Conto um 19,11 Mill. Mk. vermindert. Bankaktien lagen sehr still, konnten aber die gestrigen Kurse gut behaupten, besondere Werthverschiebungen sind nicht hervorzuheben. Am lebhaftesten war, wie bereits angedeutet, der Verkehr am Eisenbahnaktienmarkt. Von heimischen Bahnen konnten sich östliche Werthe kräftig befestigen, von fremden Bahnen waren italienische Werthe noch am wesentlichsten und Schweizer Bahnen rege umgesetzt. Recht unlustig war die Haltung für Montanaktien, die Umsätze in Kohlen- wie in Hüttenwerthen waren unbedeutend, es überwog zumeist Realisationslust. Fremde Renten

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** — ist doch die beste — für Wäsche und Haushalt